

Antrag 76/I/2025**KDV Lichtenberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****erledigt durch 18/II/2024 (K) (Konsens)****Für einen heißen Arbeitskampf – gegen überhitzte Arbeiter*innen**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundestagsfrak-
2 tion und die SPD-Bundesminister*innen werden aufgefor-
3 dert, gesetzliche Regelungen zu schaffen, die verpflich-
4 tende Hitzeschutzmaßnahmen für Arbeitnehmer*innen
5 bei extremen Temperaturen vorsehen. Dabei soll auf be-
6 stehenden arbeitsschutzrechtlichen Regelungen aufge-
7 baut und diese sinnvoll weiterentwickelt werden. Ziel ist
8 es, den Schutz der Beschäftigten angesichts zunehmen-
9 der klimatischer Belastungen rechtlich abzusichern.

10

11 Insbesondere sollen folgende Maßnahmen Bestandteil ei-
12 nes gestuften gesetzlichen Schutzsystems werden:

13

- 14 • Orientierung an der Arbeitsstättenverordnung (Arb-
15 StättV) und der Technischen Regel ASR A3.5, wo-
16 bei Raum- und Außentemperaturen von über 30 °C
17 mit verpflichtenden Maßnahmen verbunden wer-
18 den müssen.
- 19 • Einführung einer gesetzlichen Höchsttemperatur
20 für körperlich belastende Tätigkeiten im Freien und
21 in Innenräumen ohne Kühlung 35 °C als Obergrenze
22 mit verpflichtender Arbeitsunterbrechung oder Ver-
23 lagerung.
- 24 • Festlegung von Hitzepausenregelungen bei Errei-
25 chen definierter Temperaturgrenzen, analog zu
26 Siesta-Regelungen in Südeuropa.
- 27 • Verpflichtende Bereitstellung von Trinkwasser am
28 Arbeitsplatz.
- 29 • Pflicht zur Ausstattung mit UV-Schutz (z. B. Schat-
30 tenspender, Sonnencreme, Kopfbedeckung) für alle
31 Beschäftigten, die im Freien tätig sind.
- 32 • Regelmäßige arbeitsmedizinische Beratung und
33 Checks bei länger andauernden Hitzewellen (z. B.
34 über Betriebsärzt*innen).

35

36 Gleichzeitig soll ein Finanzierungs- und Umsetzungsplan
37 erarbeitet werden, der kleine und mittlere Unternehmen
38 bei der Einführung dieser Maßnahmen unterstützt.

39

40 Die Einhaltung der Regelungen ist durch die zuständigen
41 Aufsichtsbehörden (z. B. Gewerbeaufsicht, Berufsgenos-
42 senschaften) zu überwachen und mit einem gestuften
43 Sanktionssystem zu versehen.

44

45 Begründung

46 Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Arbeitswelt
47 sind bereits deutlich spürbar. Immer häufiger führen ho-

48 he Temperaturen zu gesundheitlichen Problemen, Kreis-
49 laufbelastungen und produktivitätsmindernden Bedin-
50 gungen. Besonders betroffen sind Beschäftigte im Bauge-
51 werbe, in der Landwirtschaft, in Logistikberufen und in der
52 Pflege sowie im Einzelhandel – also genau jene Berufs-
53 gruppen, auf die unsere Gesellschaft angewiesen ist.
54
55 Bisher beruhen viele Schutzmaßnahmen lediglich auf
56 freiwilligen Empfehlungen. Es fehlt an verbindlichen, ein-
57 heitlichen und kontrollierbaren Vorgaben. Ein gestuftes
58 Hitzeschutzgesetz würde nicht nur Klarheit schaffen, son-
59 dern auch dazu beitragen, langfristig krankheitsbeding-
60 te Ausfälle zu reduzieren und die Leistungsfähigkeit der
61 Beschäftigten zu erhalten. In Verbindung mit einer lang-
62 fristigen Klimaschutzstrategie ist die Sicherung von Hitze-
63 schutz am Arbeitsplatz ein notwendiger Schritt zu mehr
64 sozialer Gerechtigkeit und moderner Arbeitspolitik. Der
65 Antrag orientiert sich an vorhandenen Regelwerken und
66 baut auf bestehenden Initiativen auf, etwa der SPD-
67 Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) und
68 den Jusos.
69